

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021  
18.-19. Juni

**Antrags-Nr.: 2.1**

**Thema: Stärkung des Ehrenamts**

**Antragsteller: AWO BV Mittelrhein e.V.**

1 **Die Bundeskonferenz möge beschließen:**

2

3 Die AWO ist nah am Menschen und kann unkompliziert und unbürokratisch, dort wo  
4 nötig, aktiv werden.

5

6 Es setzt sich der Trend fort, dass der Betrieb und die Förderung von in der Regel  
7 hauptamtlich geführten Einrichtungen und Diensten der Freien Wohlfahrtspflege zu-  
8 nehmend von öffentlichen Vorgaben abhängig gemacht werden. Der Gestaltungs-  
9 spielraum freier Träger wird durch bürokratische Regelungen weiter eingeschränkt.  
10 Das Subsidiaritätsprinzip wird zunehmend ausgehebelt, indem Kommunen die Trä-  
11 gerschaft sozialer Einrichtungen selbst übernehmen. Es ist zu vermuten, dass die  
12 Motivation dahinter eine ähnlich gute Leistung zu einem günstigeren Preis ist.

13

14 Ungeachtet der „Verstaatlichung“ sozialer Arbeit und der damit schwindenden Vielfalt  
15 in der Trägerlandschaft wird der Ruf nach ehrenamtlichem Einsatz zum Erhalt unse-  
16 rer Gesellschaftsordnung immer lauter. Ehrenamtliche Strukturen dienen unter ande-  
17 rem neben dem Katastrophenschutz und dem Rettungswesen der Aufrechterhaltung  
18 des sozialen Friedens im Gemeinwesen. In den Begegnungsstätten und mit dem  
19 Engagement der noch funktionierenden AWO Ortsvereine wird dies deutlich. Neben  
20 der Funktion als Begegnungsstätten sind dies Anlaufstellen für Fragen beim Ausfül-  
21 len  
22 eines Formulars, Vermittlung einer Einkaufshilfe oder der Unterstützung beim Ra-  
23 senmähen für einen kranken Nachbarn.

24

25 Die AWO kann den Menschen bestmöglich helfen, weil sie schnell und unbürokra-  
26 tisch reagieren kann. Sie verfügt über große Erfahrung und ist mit Ehrenamtlichen,  
27 Seniorennetzwerken und anderen Institutionen und Verbänden gut vernetzt.

28

29 Die Anforderungen an unsere ehrenamtlich geführten Vereine steigen bedingt unter  
30 anderem durch gesetzliche Regelungen kontinuierlich. Menschen, die die Bereit-  
31 schaft zum bürgerschaftlichen Engagement mitbringen, müssen die gesetzlichen An-  
32 forderungen erfüllen, sehen sich aber oft nicht in der Lage dem gerecht zu werden.  
33 Zur Organisation neuer Beteiligungsformen für das Ehrenamt, aber auch zur Auf-  
34 rechterhaltung bestehender Vereinsstrukturen, bedarf es hauptamtlicher Unterstüt-  
35 zung.

36

37 Dem Wunsch nach ehrenamtlichem – solidarischem – Engagement steht in der Pra-  
38 xis zusätzlich die an vielen Stellen rückläufige Förderung der freien Wohlfahrtspflege  
39 entgegen. So standen den Wohlfahrtsverbänden bis vor einigen Jahren an vielen  
40 Stellen nicht zweckgebundene kommunale Geschäftskostenzuschüsse zur Verfü-  
41 gung. Diese sind

## Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021 18.-19. Juni

42 inzwischen ganz weggefallen oder werden nur noch für detailliert beschriebene Pro-  
43 jekte zugestanden. Der Wegfall dieser nicht gebundenen Mittel bedingt, dass die  
44 Freiräume zur Unterstützung ehrenamtlicher Aktivitäten kleiner werden und die  
45 hauptamtlichen Ressourcen zur Begleitung des Ehrenamtes immer weiter zurückge-  
46 fahren werden müssen.

47

48 Auch auf Ebene des Landes wird die Vergabe nicht zweckgebundener Mittel an die  
49 freie Wohlfahrtspflege immer wieder in Frage gestellt. Der Staat ist dazu aufgefor-  
50 dert, gerade in der heutigen Situation, die durch COVID-19 und die damit verbunde-  
51 nen Einschränkungen und entstandenen Lebensbedingungen, unkomplizierte In-  
52 strumente für eine finanzielle Mittelvergabe zur Verfügung stellen. Vielen Menschen  
53 ist situationsbedingt (Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Insolvenz von Kleinbetrieben etc.)  
54 und aufgrund gestiegener Lebenshaltungskosten eine Teilhabe nicht mehr möglich.  
55 Dies erstreckt sich vom Ausschluss aus dem sozialen Leben bis hin zu lebensbe-  
56 drohlichen Notsituationen. Es wurde unter anderem versäumt, die Regelsätze im  
57 ALG II anzupassen, um einen Ausgleich zu schaffen. Insbesondere Kinder und Ju-  
58 gendliche aus einkommensschwachen Haushalten sind von den finanziellen Einbu-  
59 ßen stark betroffen. Fehlt es nicht an dem Nötigsten besteht häufig dennoch kein  
60 Zugang zu digitalisierten Unterrichts- und Freizeitangeboten, die aktuell rapide an  
61 Relevanz gewinnen.

62

63 Unsere Forderungen

64 Die Anforderungen an die AWO, mit ihrer Tradition der Solidarität, sind breit gefä-  
65 chert. Dazu gehört, Gemeinschaft, Zusammengehörigkeit und Verbundenheit erleb-  
66 bar zu machen, Räume für selbstbestimmte, gemeinsam entwickelte Aktivitäten zu  
67 schaffen – von der Ferienfahrt bis zum genossenschaftlichen Wohnprojekt

68

69 Wir fordern die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, im Beirat der Deutschen  
70 Engagementstiftung für Vertreter\*innen der freien Wohlfahrtspflege ein angemesse-  
71 nes Platzkontingent einzurichten. Zudem bedarf es an finanzieller Unterstützung bür-  
72 gerschaftlichen Engagements nicht nur im Schwerpunkt in den ostdeutschen Bun-  
73 desländern oder im ländlichen Raum. In Anbetracht der aktuellen Situation wie auch  
74 des allgemeinen Bedarfs zur Stärkung ehrenamtlicher Strukturen sollten alle Bun-  
75 desländer und städtische Gebiete Unterstützung erhalten. Die Stiftung soll Service-  
76 Angebote und Informationen bieten, die die Vernetzung von Bund, Ländern, Kom-  
77 munen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft weiter ausbauen und Innovationen im sozia-  
78 len und digitalen Bereich in allen Gebieten unterstützen.

79

80 Wir fordern die Landesregierung auf, den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrts-  
81 verbände weiter ohne Einschränkungen finanzielle Mittel zur Förderung bürgerschaft-  
82 lichen Engagements zur Verfügung zu stellen. Damit unbürokratische Unterstützung  
83 ehrenamtlicher Strukturen möglich ist, müssen diese Mittel frei zur Verfügung stehen.  
84 Dabei ist es für die AWO selbstverständlich, dass diese Mittel zweckentsprechend  
85 und sinnvoll verwendet werden.

86

87 Wir fordern die Kommunen im Gebiet unseres Bezirksverbandes auf, die vor Ort täti-  
88 gen Verbände der freien Wohlfahrtspflege – die AWO – mit ausreichenden Zuschüs-  
89 sen und freiwilligen Leistungen zu unterstützen. Gerade auf kommunaler Ebene ist  
90 der Ruf nach bürgerschaftlichem Engagement zur Stärkung des solidarischen Mitei-  
91 nanders vor Ort besonders deutlich.

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021  
18.-19. Juni

92

93 Jetzt gilt es das Ehrenamt zu stärken. Durch den ehrenamtlichen Einsatz in vielen  
94 Lebensbereichen kann der Zusammenhalt der Gesellschaft gestärkt werden. Wir  
95 sind füreinander da.

96

97 **Begründung:**

98

99 Keine weitere Begründung

**Empfehlung der Antragskommission:**

Nichtbefassung/Erledigt bei Annahme des Leitantrags

**Beschluss:**

- Nichtbefassung
- Annahme
- Überweisung an das Präsidium
- Ablehnung